

Uniklinik: Die zähe Suche nach einem Idealmodell

Landesrechnungshof will Medizinische Fakultät aus der Hochschule lösen – Ministerium strebt Teilprivatisierung an

VON JULIA PAULAT

KIEL/LÜBECK - Die Unistadt Lübeck kommt nicht zur Ruhe. Diesmal sorgt der Landesrechnungshof (LRH) für Aufregung. Er schlägt vor, die Medizinische Fakultät in das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) zu überführen. Nur so könne das defizitäre Klinikum gerettet werden. Das aber könnte das Ende für Lübecks kleine Hochschule bedeuten.

Das UKSH ist ein Sorgenkind. Das Defizit hat sich auf 70 Millionen Euro summiert, der Investitionsstau liegt bei etwa 500 Millionen Euro. Ursachen dafür sieht der Landesrechnungshof in der Beibehaltung von zwei Medizinischen Fakultäten sowie zwei Unternehmenssitzen. So seien den zentralen Klinikumsverwaltungen in Kiel und Lübeck gar noch

neu benötigte Bereiche hinzugefügt worden, so dass die Verwaltungen heute größer sind als vor der Fusion, heißt es in dem Bericht.

Im Jahr 2003 waren die Kliniken von Kiel (5500 Mitarbeiter) und Lübeck (4500 Mitarbeiter) von der rot-grünen Landesregierung zusammengefasst worden – aus Kostengründen. Dabei hatte vor allem die Einrichtung in der Landeshauptstadt finanzielle Probleme. Im Jahr 2002 fehlten 14 Millionen Euro im laufenden Haushalt. Das Lübecker Pendant hingegen konnte einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vorweisen. Erklärtes Ziel der Fusion: der Ausgleich des defizitären Budgets durch die Bündelung von Kernkompetenzen sowie der Abbau von Medizin-Studienplätzen.

Doch das Gegenteil ist eingetre-

ten. Die Zahl der Stellen ist ebenso gestiegen wie die Personalkosten. Die gut bezahlten Vorstände wie auch das Leitungspersonal haben Büros an beiden Standorten und pendeln mehrmals wöchentlich zwischen beiden Städten hin und her. Dafür wurde eigens ein Shuttlebus eingerichtet.

Als Gegenvorschlag bringt der Landesrechnungshof jetzt das so genannte Integrationsmodell ins Spiel. Dabei sollen die beiden Medizinischen Fakultäten in das UKSH überführt werden. Ein gemeinsamer Vorstand soll die Strukturen straffen – und dadurch Geld sparen.

Dieses Ziel verfolgt auch die Große Koalition. Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) plant eine Teilprivatisierung des UKSH. Ein neues Gutachten schlägt eine Holding vor,

an der private Gesellschafter und das Land zu je 50 Prozent beteiligt sind. Dabei soll das Land die Stimmenmehrheit bei Forschung und Lehre behalten – Private dagegen die Mehrheit bei der Krankenversorgung. Doch der Koalitionspartner SPD wie auch der Vorstand sträubt sich. Daher wird nun zunächst ein Sanierer eingesetzt.

Änderungen stehen auch der Hochschule ins Haus – sie bekommt einen Universitätsrat vor die Nase gesetzt. Das Gremium soll die Entwicklung der Unis in Kiel, Lübeck und Flensburg besser aufeinander abstimmen. Der Vorstoß Austermanns, die drei Hochschulen im Land zu einer Landes-Uni zu bündeln, ist indes vom Tisch.

Er könnte jedoch jetzt durch die Pläne des Landesrechnungshofes neuen Auftrieb bekommen.